



Immer auf der Seite der Beschäftigten: DIE LINKE.

## Konsequent

SÖREN PELLMANN

Leipziger Bundestagsabgeordneter

Die Bundestagswahl am 26. September wirft ihre Schatten voraus. Der (Vor-)wahlkampf hat faktisch schon begonnen. Vieles wird in den nächsten Monaten wegen Corona allerdings anders sein, als wir es bisher kannten. Die Pandemie und ihre völlig unzureichende Bewältigung durch die Große Koalition wird das alles beherrschende Thema. Viele Menschen haben am eigenen Leib erfahren, wie krisenanfällig das kapitalistische System ist. Der Corona-Schock beweist, dass sich dringend etwas ändern muss. Unser Land braucht eine neue Politik, die die tiefen sozialen Spaltungen wirklich überwinden will. Dafür kämpft im Deutschen Bundestag nur eine Partei konsequent: DIE LINKE.

»Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.«

Als sozialistische Partei stehen wir für eine Politik, die den Menschen und nicht das Profitstreben in den Mittelpunkt stellt. Wir können nicht länger die systemischen Ursachen der Corona- und noch viel mehr der Klimakrise unangetastet lassen. Deshalb kämpfen wir für eine grundlegende sozial-ökologische Umgestaltung unserer Gesellschaft und einen entsprechenden Politikwechsel. Die aktuellen Herausforderungen – soziale Sicherheit, Ökonomie, Arbeit, Digitalisierung, Bildung, Migration, Klima und Demokratie – verlangen eine neue radikale Realpolitik, die an die Wurzeln geht.

Für diese Ziele streiten wir natürlich nicht nur auf der Bundesebene, sondern auch konkret vor Ort. Gerade bei den Beratungen zum Leipziger Doppel-Haushalt 2021/2022 haben wir als größte Fraktion bewiesen, wie unverzichtbar eine starke LINKE und deren konsequenter Kampf gegen die weitere Vertiefung der sozialen Spaltung in Leipzig ist. ■

## Mietenkrise in Leipzig!

Wie die Mieten steigen und was DIE LINKE dagegen tun möchte

MATHIAS WEBER & MAXIMILIAN BECKER

Stadtrat DIE LINKE & Aktivist

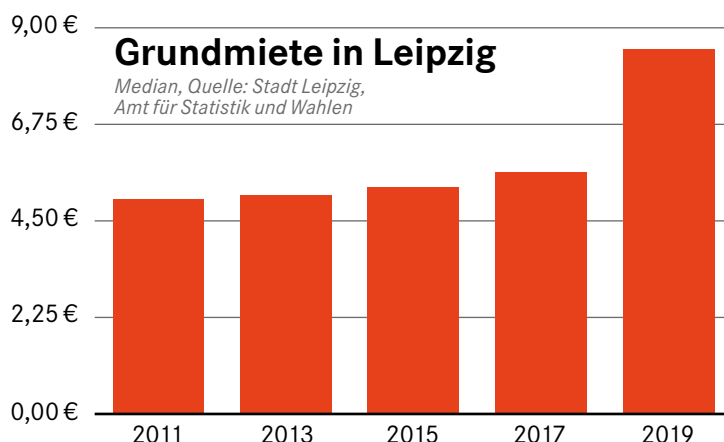
Die Mietenkrise in Leipzig spitzt sich wie in anderen Großstädten seit Jahren immer weiter zu. Der Leerstand an vermietbaren Wohnungen ist auf unter 2% gesunken. Die Angebotsmieten haben sich in Leipzig innerhalb von zehn Jahren um 45% erhöht. Menschen mit mittleren und niedrigen Haushaltseinkommen haben es schwer, sich mit Wohnraum zu versorgen. Die schwierige Lage ist mittlerweile bei allen Wohnungsgrößen vorhanden. Ganz dramatisch trifft die Situation auf Menschen mit besonderen Marktzugangsschwierigkeiten zu: Menschen mit körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen, mit negativer Schufa, Menschen mit Migrationserfahrungen oder Transferleistungsbezieher\*innen. DIE LINKE steht als Partei auf den verschiedenen politischen Ebenen konsequent an der Seite der Mieterinnen und Mieter.

So nutzt beispielsweise die LINKE Fraktion im Stadtrat alle Hebel und Ins-

trumente, um sich gegen die Macht der Marktlogik zu stemmen, damit die soziale Spaltung nicht noch größer wird. Die Fraktion hat beispielsweise gegen den Willen der Stadtverwaltung den Milieuschutz durchgesetzt. Dadurch wurden die Rechte von zehntausenden Haushalten in der Stadt gestärkt. Weiterhin hat die Stadtratsfraktion dafür

Gleichwohl sind die kommunalen Eingriffsmöglichkeiten in der Mietpolitik beschränkt. Die neoliberale Agenda im Bereich der Mietpolitik auf Bundes- und Landesebene schlägt auch in Leipzig durch. Trotz vollmundiger Versprechen hat es beispielsweise die Landesregierung bisher nicht geschafft, das zahme Instrument der Mietpreisbremse in Sachsen einzuführen. SPD und Grüne haben hier auf ganzer Linie enttäuscht. Für uns LINKE ist klar: Eine kaum wirksame Mietpreisbremse kann den Mietenwahnsinn nicht stoppen. Stattdessen braucht es, ganz ähnlich wie in Berlin, einen Mietendeckel. Wohnen ist ein Menschenrecht und darf nicht dem freien Spiel des kapitalistischen Marktes überlassen werden.

Als LINKE setzen wir uns dafür ein, dass Wohnungsunternehmen wie Vonovia oder die CG-Gruppe nicht länger Milliarden Gewinne aus der Vermietung von Wohnraum ziehen. Wohnungen sollen stattdessen für die Menschen da sein, die sie brauchen und nicht als Spekulationsobjekte dienen. ■



gesorgt, dass der Ausverkauf von kommunalen Grundstücken gestoppt wird und konnte den größten Vermieter in Leipzig – die LWB – zum Kurswechsel in Richtung Neubau bewegen. Im Leipziger Stadtrat ist die Fraktion der LINKEN die Stimme, die sich für mehr sozialen Wohnungsbau und gegen den weiteren Ausverkauf der Stadt stellt.

Eine Demonstration von Fridays for Future im Frühjahr 2019.



## Alle zusammen für den sozial-ökologischen Umbau!

Was höhere Löhne und CO<sub>2</sub>-Ausstoß miteinander zu tun haben

**NINA TREU**

► Mitbegründerin des Konzeptwerk Neue Ökonomie

Das aktuelle Wahlprogramm der LINKEN steht unter dem Titel „Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!“. Diese wichtige Verbindung drei zentraler Themen sagt im Grunde schon, was ein sozial-ökologischer Umbau will: Soziales und Klimagerechtigkeit miteinander verschränken, damit langfristig alle in Frieden auf diesem Planeten leben können.

Aber wofür steht „Klimagerechtigkeit“ und wie könnten wir uns den Umbau vorstellen?

Klimagerechtigkeit heißt im ersten Schritt anzuerkennen, dass diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, bereits jetzt und auch in Zukunft am meisten darunter leiden werden. Deutschland steht im Länderranking der aufsummierten CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1750 an vierter Stelle. Der Wohlstand wurde also auf Kosten anderer aufgebaut. Auch wenn die Wetterextreme hier zunehmen: Länder des globalen Südens haben jetzt schon deutlich größere Probleme durch Dürren, Kälte- und Hitzewellen, Starkregen, Hurrikans und damit einhergehende Ernteaufschläge, Überschwemmungen, Brände und weitere Zerstörungen. Gleichzeitig haben sie aufgrund von Kolonialismus und ungerechten Weltwirtschaftsstrukturen viel weniger Ressourcen, um sich anzupassen. Klimagerechtigkeit heißt daher, im nächsten Schritt dafür zu kämpfen, dass Deutschland und andere Länder des globalen Nordens ihre Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens von 2015 einhalten. Das heißt, dass alles unternommen werden muss, um den globalen Temperaturanstieg unter 1,5 Grad Celsius zu halten. Hierzulande bedeutet dies, bis 2050

treibhausgasneutral zu werden, also eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 95 % (gegenüber 1990) plus Ausgleichsmaßnahmen. Um die konkreten Reduktionsziele bis dahin gibt es viel Streit. Die Future-Bewegungen fordern „Nettonull“ bis 2035, die Bundesregierung eine Senkung um 55 % bis 2030. Dabei bleibt jedoch unklar, wie das im Kapitalismus mit seiner Profit- und Wachstumsorientierung funktionieren soll.

»Der Kampf um soziale Sicherheit & Klimagerechtigkeit ist nicht zu trennen.«

Dieser ist bekanntlich ein dynamisches System: entweder er wächst oder er schrumpft, was einer Rezession gleich kommt. Jeder Euro mehr im Bruttoinlandsprodukt bedeutet aber ein mehr an Ressourcenverbrauch und Emissionen. Manche hoffen auf eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltverschmutzung, aber dies funktioniert nicht in dem Maßstab, in dem das nötig wäre. Sprich: Mit dem Kapitalismus und seinem Versuch eines unendlichen Wachstums auf einem endlichen Planeten verheizen wir das Klima, anstatt es zu retten. Die zentrale Forderung der Klimagerechtigkeitsbewegung lautet daher: „Systemwandel statt Klimawandel!“

Und genau dafür brauchen wir den sozial-ökologischen Umbau: Wirtschaft und Gesellschaft müssen so umgestaltet werden, dass sie demokratisch, sozial gerecht und ökologisch tragfähig sind. Kernelemente sind dabei ein Um- und Rückbau dreckiger Industrien, Arbeitszeitverkürzung mit Lohnaus-

gleich. Damit verbunden ein Ausbau der systemrelevanten Bereiche Pflege, Gesundheit und Bildung sowie von Infrastruktur, und nicht zuletzt eine sozial-ökologische Steuer- und Finanzmarktreform.

Industriebranche, die rückgebaut werden sollten, sind zum Beispiel fossile Energien, Luftfahrt und Rüstung. Bereiche, die umgebaut werden müssen, sind unter anderem Auto- und Chemieindustrie. Damit sind nicht Elektroautos gemeint – denn auch die verbrauchen viele Rohstoffe – sondern die Umstellung auf die Produktion von lebensnotwendigen Gütern. Auch die Landwirtschaft, jetzt kapitalintensiv, industriell und extrem umweltschädlich, müsste biologisch, kleinteiliger und Artenvielfalt-fördernd werden. Damit dies nicht auf dem Rücken der Beschäftigten, sondern im Interesse dieser geschieht, müssten diese Prozesse frühzeitig und unter ihrer Beteiligung angeschoben werden. Statt Aussitzen und Abwarten selbst aktiv gestalten! Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich für alle, die unter dem Durchschnittslohn verdienen, sollte zu einer gerechten Verteilung von Arbeit und Einkommen führen. Neue Arbeitsplätze gäbe es dann genug in den systemrelevanten Bereichen Pflege, Gesundheit und Bildung – und endlich zu guten Arbeitsbedingungen. All dies wäre mit hohen Steuern auf Erbschaften, Vermögen und Umweltverbrauch zu verbinden. Gleichzeitig müssen umweltfreundliche Infrastrukturen wie ÖPNV, Schwimmbäder und Bibliotheken ausgebaut werden.

Das sollte deutlich machen: Der Kampf um soziale Sicherheit und Klimagerechtigkeit ist nicht voneinander zu trennen. Die Verbindung ist nötig für eine gerechte und zukunftsfähige Wirtschaft und Gesellschaft! ■

## Die Rechte der Kinder

**WILLIAM RAMBOW**

► Stadtrat DIE LINKE

Wenn in den vergangenen Monaten darüber diskutiert wurde, wer unter der Corona-Pandemie leidet, dann stand oft die Wirtschaft im Fokus der Debatte. Kinder und Jugendliche spielten dabei oft nur im Kontext von Wirtschaft und Beruf eine Rolle: Können Kitas geöffnet werden, damit Eltern sich wieder voll auf die Arbeit konzentrieren können? Können Schulen wieder öffnen, damit Schüler\*innen die Noten sammeln können, die sie „brauchen“, um im Wettbewerb um Studien- und Ausbildungsplätze zu bestehen?

Die psychische Gesundheit und die Lebensrealität der jungen Menschen spielte hingegen nur am Rande eine Rolle. Dabei hat die Pandemie die Situation, gerade von Kindern in armen Familien, brutal verschärft. Wer kein eigenes Zimmer besitzt, hat in Zeiten des Lockdown kaum eine Möglichkeit, sich mal zurückzuziehen. Wessen Eltern kein Laptop, Computer oder Tablet finanzieren können, hat große Nachteile in Sachen Homeschooling. Auch Familien, die bei der Erziehung ihrer Kinder unterstützt werden, können diese Hilfe nur noch bekommen, wenn das Kindeswohl konkret gefährdet ist. Dabei verschärft der Lockdown Krisen in den Familien und bedroht insbesondere bereits gefährdete Kinder umso mehr. Dies wird wiederum weniger häufig gesehen, weil „Früherkennungsmechanismen“ wie die Schule aktuell fehlen.

# 14.759

**Kinder unter 15 Jahren waren in Leipzig auf Grundsicherung nach dem SGB II angewiesen**

Leipzig galt lange als Hauptstadt der Kinderarmut. Die aktuelle Entwicklung der Stadt verschleierte aber die Tatsache, dass die Anzahl der Kinder, die in Armut leben, seit Jahren konstant bleibt. Die Fraktion DIE LINKE kämpft im Stadtrat seit Jahren darum, dass dem Thema die Beachtung geschenkt wird, welches es verdient.

Im Mai 2020 beschloss der Stadtrat auf Initiative der LINKEN, dass sich Leipzig eine Kinder- und Jugendcharta geben wird. In einem breiten Beteiligungsprozess sollen die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in Leipzig im Mittelpunkt stehen. Am Ende möchten wir uns als Stadt mit der Kinder- und Jugendcharta selbst dazu verpflichten, die Rechte der Kinder und Jugendlichen zu wahren und ihre Bedürfnisse zu achten. Dabei ist weniger die entstehende Charta von Bedeutung, sondern vielmehr der gemeinsame Diskussions- und Erarbeitungsprozess. Wir müssen endlich mit den Kindern und Jugendlichen ins Gespräch kommen, anstatt über sie zu reden. Nur wenn wir auch die Betroffenen selbst zu Wort kommen lassen, können wir ihre Situation auch nachhaltig verbessern. ■

# Bilanz

aus dem  
Bundestag

DIE LINKE. Landesgruppe  
Sachsen im Bundestag

Nach vier Jahren im Bundestag  
blicken die LINKEN Abgeordneten  
aus Sachsen zurück.





2019 bei der Konferenz „Menschen vor Profite, für gute Pflege und soziale Teilhabe“, organisiert durch die Fraktion DIE LINKE, im Bundestag.

# Ein Leben in Würde für alle Menschen!

**VON SÖREN PELLMANN** Mit dem Gewinn des Direktmandates im Herbst 2017 ging es für mich von einem Tag auf den anderen vom Lehrzimmer in den Bundestag. Als ausgebildeter Grund- und Förderschullehrer lagen und liegen mir Menschen mit Behinderungen besonders am Herzen. Für deren Belange konnte ich mich als Fraktionssprecher für Inklusion und Teilhabe in der zu Ende gehenden Legislatur intensiv einsetzen – im Übrigen nicht nur auf Bundesebene, sondern auch als Stadtrat und Fraktionsvorsitzender meiner Partei im Leipziger Parlament.

Dass diese Aufgabe dringend nottut, da Menschen mit Behinderungen nach wie vor strukturell benachteiligt sind, beweist beispielsweise ein Blick in die Arbeitsmarktdaten. Es wird deutlich, dass Angehörige dieser Personengruppe deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit bedroht sind – im Schnitt verbleiben sie 15 Wochen länger in einer solchen prekären Situation. Zwar gibt es eine Pflicht für Unternehmen, fünf Prozent ihrer Arbeitsplätze an Menschen mit Behinderung zu vergeben. Für einen geringen Beitrag können sich diese davon jedoch freikaufen. Was für ein Hohn!

Statt am ersten Arbeitsmarkt eingesetzt zu werden, vermittelt man die

se Menschen in Sonderarbeitswelten wie Werkstätten. Mit unserem Antrag „Gute Arbeit für Menschen mit Behinderung ermöglichen und sichern“ soll es gelingen, den Arbeitsmarkt deutlich inklusiver zu gestalten. Unser Anspruch im 21. Jahrhundert sollte eine inklusive Gesellschaft sein – frei von jeglicher Ausgrenzung. Und zwar nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern selbstverständlich auch für jene in Hartz-IV-Bezug, mit ausländischen Wurzeln oder anderen.

Häufig hörte ich in der Vergangenheit, dass die Punkte „Inklusion und Teilhabe“ lediglich „Randthemen“ seien. Aber wussten Sie, dass in Deutschland knapp acht Millionen Menschen mit einer Behinderung leben? Darüber hinaus können deren Probleme auch für Menschen ohne Behinderung relevant sein. Am spürbarsten ist dies sicherlich im Bereich der Barrierefreiheit. Allzu oft ist eine Vielzahl von Menschen im Alltag noch diskriminierenden Barrieren ausgesetzt. Insbesondere betroffen sind Seniorinnen und Senioren, aber auch Familien mit Kind oder anderen,

auf Barrierefreiheit angewiesenen Menschen, geht es ähnlich.

Manchmal ist der Einstieg in die Straßenbahn mit alten Tatra-Wagen beschwerlich oder gar nicht zu bewältigen. Ein Kinobesuch wird aufgrund von vielen Stufen unmöglich oder beim Arzt tun sich unüberwindbare Hürden auf. Derlei Beispiele

gibt es leider noch immer zuhauf. In Leipzig muss man sich nur einmal die Haltestellenhäuschen anschauen: Im Rahmen des Betreiberwechsels dieser Unterstellmöglichkeiten wurden diese teils rücksichtslos ausgetauscht und die bestehenden Blindenleitsysteme zugebaut. Dafür gab es den von mir ins Leben gerufenen Negativpreis „Barriere-Bambi“. Der Kandidat für den Preis 2020 steht auch schon fest, soll aber an dieser Stelle noch nicht verraten werden.

Solche Aktionen sind zwar medienwirksam, aber nicht das Kerngeschäft eines Bundestagsabgeordneten. Insgesamt konnte ich gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE, auch aus solchen Anlässen

heraus, zehn Anträge zur Gewährleistung der vollumfänglichen Barrierefreiheit im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention in den Bundestag einbringen. Diese erstreckten sich vom barrierefreien Wohnen über Mobilität, Sport und Kultur bis hin zu Barrieren im Internet. Leider hat sich die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD hier zehnmal verweigert und dadurch unter anderem auch gegen ein Recht auf eine bezahlbare, menschenwürdige und diskriminierungsfrei zugängliche Wohnung gestimmt. Gleiches galt für alle unsere Anträge, die ein Leben in Würde für alle Menschen ermöglichen sollten. Dafür werde ich mich weiterhin und mit aller Kraft einsetzen. ■

Knapp

## 8 Millionen

Menschen mit einer Behinderung leben in Deutschland

### Sören Pellmann

ist Sprecher für Inklusion und Teilhabe und Sprecher der Landesgruppe Sachsen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Der 44-jährige Grund- und Förderschullehrer gewann 2017 das Direktmandat im Wahlkreis Leipzig-Süd. Er sitzt zudem für DIE LINKE im Leipziger Stadtrat und ist dort Vorsitzender seiner Fraktion.



Sören Pellmann spricht in Chemnitz bei der Renten-Tour der Landesgruppe Sachsen.



Zu Gast bei einer Behindertenwerkstatt in Berlin.

# Konsequent gegen Armut & Ausgrenzung

**VON KATJA KIPPING** Wenn im Bundestag über Armut gesprochen wird, sind dies selten Sternstunden des Parlaments. Abfälligkeiten gegenüber Armen treffen auf Klischees. Umso wichtiger war mir, als sozialpolitische Sprecherin die Stimmen von Betroffenen hörbar zu machen.

## SOZIALPOLITIK AUF AUGENHÖHE

Es gibt nur wenige in der Regierung, die wissen, was es heißt, wenn am Ende des Geldes noch zu viel vom Monat übrig ist. Das merkt man den Gesetzentwürfen an. Bei Anhörungen haben wir daher Selbstorganisationen Gehör verschafft. In Dresden bin ich regelmäßig am Jobcenter. Bei einer Tasse Kaffee informiere ich mich direkt bei den Expert:innen für Hartz IV: Jenen, die damit leben müssen. Mit dutzenden Anfragen an die Regierung haben wir zudem Infos für Beratungsstellen bereitgestellt. Ein Höhepunkt war unser Hearing zu 15 Jahren Kampf gegen Hartz IV bei dem wir zusammen mit Aktivist:innen gemeinsame Erfolge gefeiert haben. Ein weiteres Hearing bereiten wir für den 7. Mai 2021 vor.

Als Opposition Bilanz zu ziehen, ist so eine Sache. Einfach ist, aufzuzählen, was man alles beantragt hat. Schwierig zu bilanzieren ist hingegen, was man damit erreicht hat – denn wenn die Regierung etwas aufgreift, heftet sie sich die Meriten ans Revers. Ich konzentriere mich deshalb auf Punkte meiner Arbeit, wo wir Vorreiterinnen waren und immer mehr überzeugen konnten.

## KINDERGRUNDSICHERUNG

Anfangs mussten wir diese soziale Alternative auch in der eigenen Fraktion durchkämpfen. Die sächsische LINKE war hier Ideengeberin. Inzwischen gibt es ein breites gesellschaftliches Bünd-

nis Kindergrundsicherung. Unsere Fraktion hat dazu ein eigenes Konzept eingebracht. Mittlerweile sind auch Grüne und SPD auf das Thema aufgesprungen.

## GEGEN DAS KLEINRECHNEN DER HARTZ-IV-SÄTZE

Durch eigene Berechnungen haben wir nachgewiesen, dass ohne die übelsten Rechentricks die Anpassung der Hartz-IV-Sätze bei Kindern je nach Alter zwischen 50 und 100 Euro, bei Erwachsenen sogar 212 Euro (ohne Stromkosten) höher ausfallen muss.

## GRUNDRECHTE KÜRZT MAN NICHT

Sanktionen bedeuten auch Druck auf die Löhne, da sie die Erpressbarkeit erhöhen. DIE LINKE kämpft deshalb für Sanktionsfreiheit. Hier gibt es Bewegung. Das Bundesverfassungsgericht hat Teile des Sanktionsregimes für verfassungswidrig erklärt. Mittlerweile kündigt Hubertus Heil eine Abschwächung der Sanktionen an, auch die Grünen haben sich da uns angeschlossen.

Der Kampf gegen Hartz IV ist mir eine Herzensangelegenheit. Anfangs standen wir ganz allein im Bundestag mit unserer Kritik. Inzwischen rücken auch die Parteien, die es einst einführten, davon ab. Das ist ein Erfolg unserer Beharrlichkeit. Und ich werde nicht ruhen, bis wir es ersetzt haben durch soziale Garantien und gute Arbeit.

## CORONAKRISE SOLIDARISCH BEWÄLTIGEN

Mit Beginn der Coronakrise explodierte mein Briefkasten, weil sich so viele mit existentiellen Sorgen meldeten. Mir war wichtig, allen zu antworten und Druck zu machen für Alternativen, wie Corona-Zuschlag auf Sozialleistungen



und ein Überbrückungsgeld für Selbstständige, das auch deren Lebenshaltungskosten abdeckt. Ich thematisierte, welche verheerende Wirkung die strikte Anrechnung des Partner:inneneinkommens hat. Auf unseren Druck wurde immerhin das Kurzarbeitergeld etwas erhöht. Neben den akuten Hilfen ging es mir auch darum, die Debatte um die richtigen Konsequenzen aus dem Corona-Schock zu befördern: Das bedeutet auch, wirtschaftspolitisch umzusteuern. Im Sommer gelang es, mit dem Ruf nach der Vier-Tage-Woche, Arbeitszeitverkürzung als Thema zu setzen.

## ARBEITSKÄMPFE

Wirklich froh war ich, dass sich die Beschäftigten im Osten energisch gegen Niedriglöhne zu wehren begonnen haben. So hatte ich Gelegenheit, den Streikenden unsere Solidarität zu ver-

sichern und das Interesse der Medien auf sie zu lenken. Ebenso konnte ich in Talkshows auf Beispiele – wie das Riesaer Nudelwerk, Bautzner Senf oder Meißner Kabelwerk – hinweisen.

Einmal mehr hat sich gezeigt: Wir werden gebraucht, wir LINKE sind das soziale Gewissen und Vorreiterin für soziale Alternativen in diesem Land! ■

## Katja Kipping

ist die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Von 2012 bis 2021 war sie Vorsitzende der Partei DIE LINKE. Seit 2005 sitzt die 43-Jährige Dresdnerin im Bundestag. Zuvor war sie Mitglied im Sächsischen Landtag und im Stadtrat in Dresden.



Was macht diese Zeit mit der Kunst und was mit einer politischen Künstlerin? Konzert und Gespräch mit Barbara Thalheim am 1. Mai 2019 in der Dresdner Schauburg.



Sabine von Anfang an dabei und immer mittendrin: Gemeinsam mit den Beschäftigten kämpft sie um den Standorterhalt des Haribo-Werkes in Wilkau-Haßlau, hier bei einer Aktion im Februar diesen Jahres.

Seit vielen Jahren unterstützt Sabine die Tafeln, wie hier in die Plauen.

# Lautstark für eine gute Arbeit

**VON SABINE ZIMMERMANN** Die Corona-Pandemie prägt den Alltag. Hunderttausende Menschen haben ihren Arbeitsplatz verloren. Millionen sind in Kurzarbeit. Das bedeutet für viele große wirtschaftliche Unsicherheit und massive finanzielle Einbußen. Trotz einiger Hilfen von Regierungsseite wurden Millionen Menschen mit ihren Problemen allein gelassen, besonders Geringverdienende, Solo-Selbstständige und Menschen, die Hartz IV beziehen – diejenigen also, deren Interessen auch sonst von den anderen Fraktionen oft übersehen und missachtet werden.

In dieser Legislaturperiode hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE auch in der Pandemie eine klare Haltung gezeigt und sich konsequent an die Seite der sozial Benachteiligten und der Erwerbstätigen, besonders derjenigen mit kleinem Einkommen, gestellt. Es bleibt unser Ziel, dass die Kosten der aktuellen Wirtschaftskrise nicht wieder (wie 2008/2009) denen aufgebürdet werden, die schon vorher wenig hatten. Hierzu habe ich ein Spitzentreffen mit Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden initiiert – denn in Bündnissen ist DIE LINKE stärker.

Doch auch schon vor Beginn der Pandemie haben meine Fraktion und ich uns für Erwerbstätige und Erwerbslo-

se eingesetzt. Mir als Gewerkschafterin besonders wichtig ist unsere Forderung, die Tarifbindung zu stärken und den Mindestlohn deutlich anzuheben. Hier in Sachsen ist die Tarifbindung so gering wie in keinem anderen Bundesland. Wenn Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden könnten, dann würde sich das für hunderttausende Beschäftigte in Sachsen spürbar im Portemonnaie bemerkbar machen.

Als arbeitsmarktpolitische Sprecherin möchte ich auch unseren Vorschlag zur Stärkung der Arbeitslosenversicherung hervorheben. Er hat vier Säulen: Die erste ist ein leichter Zugang, auch bei kurzen Beitragszeiten, die zweite eine längere Bezugsdauer. Drittens wollen wir das Arbeitslosengeld anheben. Auch das Kurzarbeitergeld wollen wir erhöhen, vom ersten Tag an auf 90 % des letzten Nettoentgelts und 100 % bei Mindestlohnbeschäftigten. Gerade in Sachsen mit seinem hohen Niedriglohnteil würden davon viele Kurzarbeitende profitieren. Ebenfalls in Höhe von 90 % fordern wir ein Weiterbildungsgeld, denn mit Blick auf die Umbrüche durch Klimawandel und Digitalisierung

sollte die Wirtschaftskrise für gute Weiterbildung genutzt werden. Als vierte Säule fordern wir eine neue beitragsfinanzierte Anschlussleistung für alle Erwerbslosen, das Arbeitslosengeld Plus. Es soll wie das Arbeitslosengeld in der Höhe lohnbezogen sein. Langjährig Beschäftigte sollen es zeitlich unbegrenzt erhalten. Außerdem wollen wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung einführen, die für ein Leben ohne Armut reicht.

Mit Blick auf die Erfahrungen in der Pandemie wollen wir auf dem Arbeitsmarkt dauerhafte Verbesserungen durchsetzen. So haben wir uns erneut dafür ausgesprochen, Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln, nachdem im Frühjahr hunderttausende Minijobs weggebrochen waren. Selbstständige wollen wir zu vernünftigen Bedingungen und zu bezahlbaren Beiträgen in die Arbeitslosenversicherung einbeziehen, denn sie stehen derzeit meist ohne soziale Absicherung da. Schließlich haben wir kurzfristige Verbesserungen in der Pandemie eingefordert. So haben wir dafür plädiert, die dreimonatige Verlängerung des Arbeitslosengeldes auch

2021 fortzuführen. Ebenso haben wir uns für einen Pandemiezuschlag auf Sozialleistungen wie Hartz IV stark gemacht.

Auch in den nächsten Monaten werden wir als Fraktion und ich persönlich nicht nachlassen, im Bundestag, in den Medien und auf der Straße Druck auf die Bundesregierung zu machen – damit nicht Menschen mit normalem und geringem Einkommen die Lasten der Krise tragen, sondern Vermögende und große Unternehmen, die ihren Reichtum selbst während der Pandemie noch vermehren konnten. 2021 sind also viele gemeinsame Kämpfe zu führen, in den Betrieben, in den Kommunen und im Bundestag. ■

»Konsequent an der Seite der sozial Benachteiligten.«

## Sabine Zimmermann

sitzt im Bundestag dem Ausschuss für Familie, Frauen, Senioren und Jugend vor. In der Fraktion DIE LINKE ist sie als Sprecherin für die Arbeitsmarktpolitik zuständig. Die Zwickauer Abgeordnete lernte Anlagentechnikerin, Baustoff-Ingenieurin und war als Gewerkschafterin tätig. Seit 2005 ist sie Mitglied im Bundestag.

Sabine Zimmermann unterschreibt bei der Aktion „Mein Name für den Frieden“.





Auf der Bühne der Gegenkundgebung zum Wohngipfel 2018 der Bundesregierung.

# Die Ära Merkel – eine Bilanz des wohnungspolitischen Versagens

**VON CAREN LAY** In diesem Herbst geht eine denkwürdige Legislaturperiode zu Ende. Es ist nicht nur die Legislatur, in der wir von der Corona-Pandemie heimgesucht wurden. Es ist zudem auch das voraussichtliche Ende der Ära Angela Merkel. Sowohl die letzten knapp 3,5 Jahre in dieser Legislaturperiode als auch die gesamte Ära Merkel stehen dabei sozialpolitisch in keinem guten Licht. Insbesondere zeigt sich das in meinem Fachbereich, der Mietpolitik. Hier wird das Versagen der langjährigen Regierungspartei CDU besonders deutlich: die Frage nach bezahlbaren Mieten ist neben der Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie durch verfehlte Politik der letzten Jahrzehnte die soziale Frage unserer Zeit. In sämtlichen Ballungszentren der Republik sind die Mieten in den letzten Jahren regelrecht explodiert. In Leipzig stiegen die Mieten beispielsweise in der Zeit von 2009 bis 2020 um 42%. Mittlerweile muss jeder siebte Haushalt in Deutschland mehr als 40% für die Miete aufwenden, in kaum einem anderen europäischen Land gibt es ähnlich hohe Werte. Gleichzeitig ist die Anzahl der Sozialwohnungen bundesweit dramatisch

eingebrochen. Auch hier spricht das Beispiel Leipzig Bände: Gab es 2010 noch knapp 45.000 Sozialwohnungen in der Stadt, so waren es 2018 nur noch 391. Die Liste des Versagens ließe sich ewig weiterführen. Um es deutlich zu sagen: die Ära Merkel ist eine Zeit des wohnungspolitischen Versagens.

## 42%

stiegen die Mieten in Leipzig zwischen 2009 und 2020

Als LINKE haben wir immer konsequent gegen steigende Mieten gekämpft. So haben wir in dieser Legislaturperiode für einen Neustart im sozialen Wohnungsbau geworben. Unser Konzept ist dabei denkbar einfach: Mit einem Wohnungsbauprogramm nach Wiener Vorbild wollen wir bundesweit 250.000 neue Sozialwohnungen im Jahr sowie 130.000 neue kommunale oder genossenschaftliche Wohnungen schaffen.

Anstatt unserem Vorschlag zu folgen, verpulverte die Große Koalition lieber Milliarden mit dem Baukindergeld für Besserverdienende. Für uns ist dagegen klar: jeder Cent mehr ist im öffentlichen Wohnungsbau richtig angelegt. Wohnungen sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und gehören nicht in die Hände von Spekulanten oder börsennotierten Unternehmen. Dem Beispiel der rot-rot-grünen Regierung in Berlin folgend, hat die Bundestagsfraktion der LINKEN beantragt, einen bundesweiten Mietendeckel einzuführen. Für Millionen Mieterinnen und Mieter hätte dies eine reale Ersparnis in ihrem Portemonnaie gebracht. Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Stattdessen dokterte die Große Koalition weiter an ihrer wirkungslosen Mietpreisbremse umher. Für uns war es völlig selbstverständlich, dass die Mieterinnen und Mieter nicht diejenigen sein dürfen, die die Last der Corona-Pandemie zu tragen haben. Auch hier haben CDU und SPD offensichtlich eine andere Meinung und stimmten gegen unseren Antrag, Kündigung von Mietverhältnissen während der gesamten Zeit der Pandemie auszusetzen. Ein

sozialer Offenbarungseid der Großen Koalition. Die AfD steht dieser Haltung im Übrigen in nichts nach und stimmte sowohl gegen den sozialen Wohnungsbau als auch gegen die wirksame Begrenzung der Mieten.

Für uns ist klar: DIE LINKE ist die Partei der Mieterinnen und Mieter. Wir werden auch weiterhin gemeinsam an der Seite der Mieterinnen und Mieter für eine bessere Wohnungspolitik in diesem Land kämpfen. Nach der Ära Merkel ist es Zeit für einen politischen Neustart in Deutschland. Eine soziale Mietpolitik ist dabei ein zentraler Baustein. ■

### Caren Lay

ist die wohnungspolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Sie ist 1972 geboren, ist studierte Soziologin und vertritt seit 2009 den Wahlkreis Bautzen in Berlin. Zuvor saß sie für DIE LINKE im Sächsischen Landtag.



Caren Lay beim Streik der Beschäftigten von „Bautzner Senf“.



## Es bleibt noch viel zu tun

**VON DR. ANDRÉ HAHN** Der größte Teil meiner Tätigkeit als Abgeordneter findet außerhalb des Plenarsaales statt. Dazu gehören die Sitzungen in diversen Ausschüssen und Gremien, Gespräche mit Verbänden, Initiativen sowie mit Bürgerinnen und Bürgern, in Berlin ebenso wie im Wahlkreis. Meine fachlichen Aufgabengebiete im Parlament sind sehr vielfältig: Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender leite ich den für Innen- und Rechtspolitik zuständigen Arbeitskreis der Fraktion. Ich bin Mitglied im Innenausschuss, im für die Geheimdienste zuständigen Parlamentarischen Kontrollgremium sowie im Sportausschuss, wo ich als Obmann der Fraktion fungiere. Zudem bin ich stellv. Mitglied im Tourismusausschuss und in den Parlamentarischen Gruppen Binnenschifffahrt, Schienenverkehr sowie Bahnlärm aktiv, weil all diese Themen bei mir im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (SOE) und vor allem im Oberen Elbtal eine wichtige Rolle spielen.

Als stellv. Vorsitzender der Deutsch-Zentralasiatischen sowie Mitglied der Parlamentariergruppen mit Russland sowie den ASEAN-Staaten engagiere ich mich auch im außenpolitischen Bereich.

Im Innenausschuss bin ich insbesondere zuständig für die Bundespolizei,

den Katastrophenschutz sowie die Rettungsdienste, vom Roten Kreuz über die Feuerwehren bis hin zum Technischen Hilfswerk. Die Kontrolle der Geheimdienste ist nicht nur eine sehr zähe, sondern bisweilen auch unmögliche Aufgabe, und dennoch müssen gerade wir als LINKE, die wir deren Abschaffung anstreben, alle parlamentarischen Möglichkeiten nutzen, Rechtsverstöße und Missstände aufzudecken. Dass Verfassungsschutz und Militärischer

**»Rechtsextreme Netzwerke sind keine Einzelfälle.«**

Abschirmdienst heute die Existenz rechtsextremer Netzwerke in Bundeswehr und Polizei nicht mehr leugnen können, nachdem jahrelang nur von „bedauerlichen Einzelfällen“ gesprochen wurde, ist durch hartnäckige Anfragen und Anträge ebenso mein Mitverdienst wie die überfällige Entlassung des Verfassungsschutzpräsidenten Maaßen, der nicht nur seine schützende Hand über die AfD hielt, sondern selbst rechte Positionen vertritt.

Als sportpolitischer Sprecher rede ich nicht nur über die Spitzensportreform,

die dringend notwendige Sanierung von maroden Sportstätten im Land oder den Anti-Doping-Kampf, sondern bin auch nach wie vor selbst als Stürmer und Vizepräsident des FC Bundestag aktiv.

Ein paar Zahlen aus der 19. Wahlperiode: 48 Bundestags-Reden, 33 Kleine Anfragen, 10 Anträge sowie zahlreiche weitere Gesetzentwürfe und parlamentarische Initiativen, an denen ich aktiv mitgewirkt habe. 48 mündliche Fragen und 138 schriftliche Fragen an die Bundesregierung, darunter 23 mit Bezug auf Sachsen (Stand 26.02.2021). Über meine Arbeit berichte ich umfassend auf meiner Homepage, im monatlichen Newsletter ROTER HAHN sowie in zahlreichen Presseinformationen.

Ein wichtiger Teil meiner Arbeit findet natürlich in meinem Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge sowie in dem von mir mitbetreuten Landkreis Meißen statt. Seit 1994 bin ich Mitglied im Kreistag SOE und kenne dadurch die regionalen Probleme aus erster Hand. Über meine Wahlkreisbüros in Pirna, Sebnitz und Meißen, durch regelmäßige Veranstaltungen und Arbeitsbesuche in allen Regionen Sachsens gibt es enge Kontakte zu den Bürgerinnen und Bürgern, zu Vereinen und Verbänden sowie den Gliederungen unserer Partei. Diese kommunale Verankerung

war und ist mir sehr wichtig, denn viele Gesetze, die in Berlin beschlossen werden, haben direkte Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden. Auch deshalb möchte ich noch einmal für den Bundestag kandidieren.

Die aktuellen Umfragen wie auch die schlechten Ergebnisse für DIE LINKE bei den letzten Wahlen in Sachsen bieten keinen Anlass zu Schulterklopfen oder Selbstzufriedenheit. Für unser Ziel, dass DIE LINKE am 26. September wieder als starke Fraktion für soziale Gerechtigkeit und gegen Kriegseinsätze ins Parlament gewählt wird, müssen wir alle in den kommenden Monaten noch hart arbeiten. Ich will mich dabei gern weiter einbringen. ■

### Dr. André Hahn

kontrolliert für die Fraktion DIE LINKE im Bundestag die Geheimdienste und ist stellvertretender Vorsitzender der Fraktion. Daneben macht er Sportpolitik und spielt im FC Bundestag als Stürmer. Der studierte Lehrer für Deutsch und Geschichte ist seit 2013 im Bundestag und vertritt den Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.



**Ihr seid keine Alternative!  
Solidarität statt Hetze**

AfD?  
Adé!



Gesprächsrunde „Vom Erzgebirge bis Europa – was ist Heimat?“ auf der Marktplatzgesprächstour 2019 in Annaberg.

# Demokratie leben!

**VON MICHAEL LEUTERT** Als Haushälter hatte ich in dieser Legislatur insbesondere in der zweiten Hälfte alle Hände voll zu tun. Der Fokus in der Pandemie lag für mich als Hauptberichterstatter für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung insbesondere auf Schwellen- und Drittländern und die Frage, was wir tun können, um diesen ohnehin schon krisenungebeutelten Staaten zu unterstützen. Man darf nicht vergessen: In Ostafrika und Südasien wütete nicht nur das Virus, sondern zerstörte die Heuschreckenplage auch Ernten für Millionen von Menschen. In Zentralafrika kamen noch schwere Überflutungen hinzu, die die Lage verschärften. Bundesminister Müller hatte in einer Sondersitzung der Berichterstatter sofort zugesichert, zusätzliche Mittel bereitzustellen, um die drohende Hungersnot zu mindern. Es geht in der Entwicklungszusammenarbeit aber auch um eine gerechte Verteilung der Impfdosen. Die Pandemie wird erst überstanden sein, wenn alle Länder die Möglichkeit haben, sich gegen das Virus zu schützen.

Innenpolitisch war diese Legislatur aber auch ein Kampf um den Erhalt der Zivilgesellschaft: „Demokratie leben!“ sollte seitens des SPD-geführten Familienministeriums Ende 2019 massiv gekürzt werden. Viele Vereine und Träger quer durch Deutschland reagierten zu-

recht entrüstet und entsetzt. Und auch für mich, dessen Wahlkreis Chemnitz erst ein Jahr vorher, 2018, national traurige Berühmtheit aufgrund des rassistischen Mordes an Daniel H. erlangte, war das völlig inakzeptabel. Es war mir ein persönliches Anliegen, alles zu tun, um das zu verhindern.

**»Bildung & Engagement darf nicht profitorientiert sein!«**

Mein Büro und ich haben uns daran gemacht, Ablehnungsbescheide zu sammeln und Berichts-anforderungen im Familienministerium zu stellen, um ein genaueres Bild zu bekommen. Viele Stimmen konnten somit im parlamentarischen und ministerialen Diskurs gehört werden. Wir haben aufgeschlüsselt, dass langjährige und etablierte Träger der Demokratieförderung zugunsten von neu geschaffenen Doppelstrukturen aus der Förderung fallen. Wir haben genau hingeschaut, was diese Kürzungen in der sächsischen Zivilgesellschaft anrichten würden. Wichtig war mir bei meiner Kritik auch, dass die Idee eines Modellprojektes, d. h., dass sich ein Bildungsträger nach

wenigen Jahren finanziell selbst tragen muss, immer kritisiert. Bildung und zivilgesellschaftliches Engagement darf nicht profitorientiert sein! Erst in allerletzter Minute, während der Haushaltsbereinigungssitzung Ende 2019, gab es ein Einlenken der Regierungskoalition. Die für 2020 geplante Kürzung wurde zurückgenommen, die Finanzplanung wieder nach oben korrigiert. Heute fällt natürlich kein Wort mehr darüber, dass man drauf und dran war, die Axt an die Demokratietarbeit in Deutschland zu legen.

In meinem Wahlkreis Chemnitz zeigte sich insbesondere in dieser Legislatur, was wir erreichen können, wenn man über eigene Parteigrenze hinaus zusammenarbeitet. Zum einen war es dank des enormen Protestes möglich, die Karstadt-Filiale zu erhalten. Gemeinsam mit meinen Kollegen von der SPD, FDP und CDU habe ich mich in einem offenen Brief an die Geschäftsleitung gewandt und die Notwendigkeit dieses Standortes zu untermauern. Die Schließung wurde zurückgenommen, was eine gute Entscheidung war. Darüber hinaus wird Chemnitz 2025 Kulturhauptstadt. Das ist eine enorme Chance für die gesamte Region. Das Problem daran ist nur, dass Chemnitz überhaupt nicht an den Fernverkehr angeschlossen ist. Damit wollten wir uns als Chemnitzer Abgeordnete nicht

zufriedengeben. Wir drängten auch hier gemeinsam den sächsischen Ministerpräsidenten endlich zu handeln und die drittgrößte Stadt Chemnitz endlich anzubinden. Nach wochenlangem Schweigen kam Anfang Januar dann die Antwort: Ab 2022 wird es ein Fernverkehrsnetz Rostock-Berlin-Dresden-Chemnitz geben!

Nun sind das bei Weitem nicht alle Erfolge, die wir zu verzeichnen haben. Jedoch zeigt dieser Ausschnitt, dass unsere Arbeit einen Unterschied macht. Ich höre als Abgeordneter auf, aber die Probleme müssen weiter sozial angegangen werden. Ich drücke uns dafür 2021 die Daumen! ■

## Michael Leutert

ist in der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag mit für den Haushalt zuständig. Er ist 1974 im Erzgebirge geboren, ist verheiratet, hat drei Kinder und sitzt seit 2005 im Bundestag, für den Wahlkreis Chemnitz.

📅 Zum 15. Februar 2021 hat Michael Leutert aus beruflichen Gründen sein Mandat im Bundestag niedergelegt. Für ihn rückt Dr. Axel Troost nach.

Michael Leutert als Beobachter bei einer Demonstration in Dresden.



**Wahlkreisbüro Bautzen**

Schülerstr. 10  
02625 Bautzen  
Telefon: 03591/270542  
Telefax: 03591/270543

**Wahlkreisbüro Chemnitz**

Rosenplatz 4  
09126 Chemnitz  
Tel. 0371/4330116  
Fax. 0371/56190613

**Wahlkreisbüro Dresden**

Martin-Luther-Str. 21  
01099 Dresden  
Telefon: 0351/5006165

**Wahlkreisbüro Hoyerswerda**

D.-Bonhoeffer-Str. 4  
02977 Hoyerswerda  
Telefon: 03571/608118  
Telefax: 03571/608481

**Wahlkreisbüro Leipzig-Süd**

Braustraße 15  
04107 Leipzig  
Telefon: 0341/94549996  
Telefax: 0341/94549997

**Wahlkreisbüro Leipzig-West**

Stuttgarter Allee 18  
04209 Leipzig  
Telefon: 0341/2318440  
Telefax: 0341/2318444

**Wahlkreisbüro Meißen**

Dresdener Str. 13  
01662 Meißen  
Telefon: 03521/727702  
Telefax: 03501/460878



**Wahlkreisbüro Zwickau**

Äußere Plauensche Straße 20  
08056 Zwickau  
Telefon: 0375/2899-603  
Telefax: 0375/2899-604

**Regionalbüro Ost I**

Schloßstraße 12  
04860 Torgau  
Telefon: 03421/776365  
Telefax: 03421/776272

**Regionalbüro Ost II**

Dresdner Straße 13  
01662 Meißen  
Telefon: 03521/727702

**Wahlkreisbüro Pirna**

Lauterbachstr. 4  
01796 Pirna  
Telefon: 03501/57100910  
Telefax: 03501/460878

**Wahlkreisbüro Sebnitz**

Lange Str. 34  
01855 Sebnitz  
Telefon: 035971/189822  
Telefax: 03501/460878

**Dr. André Hahn**

andre.hahn@bundestag.de  
andre-hahn.eu

Telefon: 030/227-75777  
Telefax: 030/227-76777

Facebook: /drandreahahn

**Katja Kipping**

katja.kipping@bundestag.de  
katja-kipping.de

Telefon: 030/227-70526  
Telefax: 030/227-76526

Facebook: /KatjaKipping  
Instagram: @katja.kipping  
Twitter: @katjakipping

**Caren Lay**

caren.lay@bundestag.de  
caren-lay.de

Telefon: 030/227-74126  
Telefax: 030/227-76126

Facebook: /caren.lay  
Twitter: @CarenLay

**Sören Pellmann**

soeren.pellmann@bundestag.de  
soeren-pellmann.de

Telefon: 030/227-75520  
Telefax: 030/227-70518

Facebook: /MdBSoerenPellmann  
Twitter: @LINKEPELLI  
Instagram: @soerenpellmann

**Dr. Axel Troost\***

axel.troost@bundestag.de  
axel-troost.de

Telefon: 030/227-70528  
Telefax: 030/227-76527

Facebook: /axel.troost  
Twitter: @axeltroost

**Sabine Zimmermann**

sabine.zimmermann@bundestag.de  
sabine-zimmermann.info

Telefon: 030/227-74230  
Telefax: 030/227-76227

Facebook: /MdB.Sabine.Zimmermann

\* Axel Troost ist zum 15. Februar 2021 für Michael Leutert in den Bundestag nachgerückt.

# Impressum

Eine Zeitung der **Landesgruppe Sachsen** innerhalb der

**Fraktion DIE LINKE. im Bundestag**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Büro der Landesgruppe Sachsen**

c/o linXXnet  
Brandstraße 15  
04277 Leipzig

Koordinator: Marko Forberger  
Mail: landesgruppe.linke-sachsen@bundestag.de

Telefon: 0341/3081199  
Mobil: 0163/3846548  
Fax: 0341/3081200

linke-landesgruppe-sachsen.de

Mitarbeiterin **Südwestsachsen:**

Karoline Loth  
linke-ig-sachsen.ma04@bundestag.de

Mitarbeiter **Nordwestsachsen/Landkreis Leipzig:**

Michael Eichhorn  
linke-ig-sachsen.ma02@bundestag.de

Mitarbeiter **Ostsachsen/Lausitz:**

Sebastian Schwalbe  
linke-ig-sachsen.ma03@bundestag.de

V.i.S.d.P.: Sören Pellmann,  
Sprecher der Landesgruppe

Gestaltung: William Rambow



# „Gefährliche Gewöhnung“

Marianne Küng-Vildebrand im Gespräch mit Lutz Mükke von der Initiative „Leipzig bleibt friedlich!“

## Interview

Am Flughafen Leipzig/Halle soll ein Flottenmanagement-Zentrum für rund 50 große Militärhubschrauber installiert werden. Die Initiative „Leipzig bleibt friedlich!“ will das verhindern. Die LINKE Stadträtin und Sprecherin für Wirtschaft, **Marianne Küng-Vildebrand**, ist mit dem Vorsitzenden der Initiative, **Lutz Mükke**, über den Flughafen und die Initiative ins Gespräch gekommen:

**Im September 2020 hat sich die Initiative „Leipzig bleibt friedlich!“ gegründet. Warum?**

Die Rüstungskonzerne Rheinmetall und Lockheed Martin/Sikorsky planen am Flughafen Leipzig/Halle einen Hub für Luftwaffentechnik, ein Flottenmanagement-Zentrum für den Betrieb von etwa 50 Großhubschraubern der Bundeswehr. Das wollen wir verhindern und eine öffentliche Diskussion über die schleichende Militarisierung unseres zivilen Flughafens anregen.

**Ist das nicht zu spät? Der Flughafen wird doch schon seit Beginn des Afghanistan- Kriegs militärisch genutzt.**

Ich persönlich habe Jahre gehofft, dass sich in Leipzig darüber ein gesellschaftlicher Diskurs entwickelt. Doch leider interessieren selbst die Pläne von Rheinmetall und Lockheed Martin/Sikorsky die hiesigen Parteien und Medien kaum. Für uns war damit das Maß voll. Denn es passt nicht zusammen, dass Leipzig sich einerseits als Stadt der Friedlichen Revolution feiert, andererseits stillschweigend und schleichend unser ziviler Flughafen zu einem immer größeren Militärdrehkreuz ausgebaut wird. Die politisch Verantwortlichen sollen sich äußern. Immerhin ist der Flughafen komplett in öffentlicher Hand.

**Ihre erste Protestaktion war beim Lichtfest im letzten Oktober. Was haben Sie gemacht?**

Im Nikolaikirchhof haben wir während der Feierlichkeiten ein großes Transparent entrollt, auf dem stand: „Leipzig bleibt friedlich! Gegen das Militärdrehkreuz Flughafen Leipzig/Halle“.

**Sie haben prominente Unterstützung. Wer ist dabei?**

Gesine Oltmanns, Gerhard Schöne, Peter Sodann, Konstantin Wecker, Hans-Eckardt Wenzel, Stephan Krawczyk, von der Ärztin, Modedesignerin, Studentin bis zum Handwerksmeister, Photovoltaik-Unternehmer... Auch

das Haus der Demokratie, das Geysers-Haus, der Erich-Zeigner-Verein und Stadtbild unterstützen uns.

**Wie wichtig ist der Initiative der Bezug auf 1989?**

Der Herbst 1989 macht Leipzig zu einem wichtigen weltweiten Symbol für friedliche Demokratiebewegungen. Was hier damals geschah, hat Geschichte geschrieben und reiht sich ein in den Marsch auf Washington der US-Bürgerrechtler und in Gandhis friedlichen Protest durch zivilen Ungehorsam. Dieses Leipziger Erbe wollen wir schützen. Aber dafür reichen keine Sonntagsreden jeweils im Oktober oder Städtemarketing-Slogans. „Schwerter zu Pflugscharen“ und „Frieden schaffen ohne Waffen“ waren 1989 tragende Motive. Wir sind davon überzeugt, dass Leipzig mit seiner Symbolkraft Klügeres zum Weltfrieden beitragen kann als ein Militärdrehkreuz. Viele von uns sehen ihr 1989er Anliegen verhöhnt, wenn ohne jeden öffentlichen Diskurs am Leipziger Flughafen peu à peu ein Militär-Cluster aufwächst.

**Wie sieht Ihr Gegenentwurf aus?**

Leipzig hat 1989 bewiesen, was kluger, friedlicher Protest, ziviler Ungehorsam, öffentlicher Diskurs und diplomatisches Geschick bewirken können. In Leipzig sollten Diplomatenschulen, Friedensforschungsinstitute und Demokratie-Akademien angesiedelt und internationale Foren und Runde Tische zu wichtigen Themen abgehalten werden. Aber doch kein Militärdrehkreuz! Was ist denn das für eine Standortpolitik! Ganz abgesehen von

Umweltverschmutzung und atemberaubenden Lärm, den diese Militärhubschrauber verursachen, die hier Tag und Nacht fliegen dürften.

**Was erwarten Sie von der Politik?**

In Berlin und Dresden betreibt man ziemlich stumpfe Standortpolitik. Und der Leipziger Rathausführung scheint willkommen zu sein, was „nützt“, wie Finanzbürgermeister Bonew letzstens meinte. Das Land Sachsen ist Hauptanteilseigner des Flughafens und auch die Stadt Leipzig hält Anteile. Wie ist es denn dazu gekommen, dass über diesen zivilen Flughafen hunderttausende Soldaten, Waffen und Ausrüstung in Kriege wie Afghanistan, Irak und nach Afrika gebracht werden? Wer betreibt hier welche Politik und schreibt die Entwicklungspläne? Das Thema betrifft die DNA Leipzigs. Stadtoberhäupter und Parteien müssten das erkennen und darüber Debatten führen. Dass das nicht geschieht, ist ganz schwach und spiegelt eine gefährliche Gewöhnung ans Militärische.

**Für die Ansiedlung wird immer wieder das Arbeitsplatz-Argument vorgebracht...**

Ja, so um die 150 würden entstehen, heißt es. Dafür beschädigt man doch nicht den so kostbaren Ruf Leipzigs, der sich - wie gesagt - im Sinne des Weltfriedens und der Völkerverständigung viel besser einsetzen ließe. Übrigens gibt es wissenschaftliche Studien, die besagen, dass Investitionen ins Militärische im Vergleich zu Investitionen ins Zivile viel weniger Arbeitsplätze bringen.

**In Berlin gibt es Turbulenzen um die Bundeswehr-Ausschreibung, die zum Flottenmanagement-Zentrum am Leipziger Flughafen führen könnte...**

Ja, Ende 2020 teilte das Bundesverteidigungsministerium mit, die bisherigen Angebote seien „unwirtschaftlich“. Ausgeschrieben wurden über 5,6 Milliarden Euro. Der Flurfunk meldet, die Bewerbungen lagen etwa doppelt so hoch. Deshalb wurde das Vergabeverfahren für die Großhubschrauber gestoppt. Jetzt wird neu verhandelt und finanzielle Aspekte neu geordnet, alles behalte jedoch „sehr hohe Priorität“ und „herausragende Bedeutung“. Das Bewerberkonsortium um Lockheed Martin/Sikorsky ist über die Unterbrechung unglücklich und soll mittlerweile sogar juristisch Druck ausüben. Für uns ist das ein wichtiger Moment. In den nächsten Tagen gehen unsere Schreiben an die Kanzlerin, die Verteidigungsministerin, den Ministerpräsidenten Sachsens, den OB Leipzig und alle Anteilseigner des Flughafens raus, in denen wir sie bitten und auffordern, vom Standort Leipzig abzulassen.

**Sie haben dazu eine Petition im Internet laufen...**

Ja. Und wir bitten alle herzlich darum zu unterzeichnen. Die Petition finden Sie via unserer Website: [www.leipzig-bleibt-friedlich.org](http://www.leipzig-bleibt-friedlich.org). Und wir suchen noch Freiwillige, die Flyer in Postkästen werfen. Bitte melden: [kontakt@leipzig-bleibt-friedlich.org](mailto:kontakt@leipzig-bleibt-friedlich.org).





Auf einer Demonstration von Fridays for Future im November 2019: aktiv für den Klimaschutz.



Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 2020.



Kundgebung zum 1. Mai 2020 vor dem Volkshaus auf der Karl-Liebknecht-Straße.

### KREUZWORTRÄTSEL

1	2	9	3		4	5	6	7		8	9		10
					11	15				12		13	
14		15		16						17			14
18	1					19	20						
				21	2					4			22
23	24	12	25							26		27	
28	18				29					30	5		11
31				32									
33										35	36		37
		19		38	39	40			41				42
			43	44	3			45		46		47	
48	49				50	6						51	52
53	7			54		55						56	
	57	8				16			13				

**DIE LINKE.**

1 2 3 4 5 6 7

8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20

**Waagrecht:**

- 1) soziale Begrenzung im Wohnungswesen; 11) englisch/us-amerikanisches Längenmaß; 12) Zelt der nord-amerikanischen Ureinwohner; 14) deutscher NS-Widerstandskämpfer und Anführer einer kommunistischen Jugendgruppe in Berlin (1913-1941); 17) Bewohner einer baltischen Republik; 18) Fluss in Frankreich, Nebenfluss der Rhone; 19) französischer Schriftsteller und Sozialkritiker (1871-1922); 21) englischer Lordkanzler und humanistischer Autor (1478-1535); 22) Abkürzung für die ehemalige finnische Währung; 23) massig, nicht dünn; 26) russischer Revolutionär und Begründer der Sowjetunion (1870-1924); 28) Sittenlehre, Moralphilosophie; 30) deutscher Kommunist, Politiker und NS-Widerstandskämpfer (1894-1936); 31) altägyptischer Sonnengott; 32) traditionelles chinesisches Längenmaß; 33) antiker Staat im Nahen Osten (1030-110 v.u.Z.); 35) deutscher humoristischer Dichter und Zeichner (1832-1908); 38) erstklassig, bestens, modisches Oberteil; 43) solidarische Gesellschaftsordnung und politische Weltanschauung; 48) mexikanische Kleinstadt (Bundesstaat Sonora); 50) gummiartiger Kunststoff; 51) altgermanische Gottheit; 53) italienische Gemeinde im Süden der Region Umbrien; 55) Gemeinde in Portugal im Kreis Cantanhede; 56) Stadt in Ungarn, Komitat Fejér; 57) deutscher Kommunist und NS-Widerstandskämpfer (1886-1945, Vor- & Nachname)

**Senkrecht:**

- 2) eine utopische Insel in dem Roman „Die Gelehrtenrepublik“ von Arno Schmidt; 3) Kohleprodukt; 4) Fluss in Afrika; 5) Fluss in Russland, Weißrussland und der Ukraine; 6) Abkürzung für einen Mikrocontroller in Notebooks; 7) vollständige Unordnung oder Verwirrung; 8) regelmäßig auftretende Winde der Ägäis und im östlichen Mittelmeer; 9) deutscher Wirtschaftstheoretiker und Eisenbahn-Pionier (1789-1846); 10) deutscher Marxist und Reichstagsabgeordneter der SPD (1871-1919); 13) chemisches Symbol für Platin; 14) soziale Verwerfung, die besonders die Jüngsten in der Gesellschaft trifft; 15) ehemaliger Stadtteil von Erkelenz in NRW, musste 2014 dem Tagebau Garzweiler weichen; 16) polnischer Schriftsteller utopischer Literatur (1921-2006); 20) chemisches Symbol für Ruthenium; 22) russisch: Frieden; 24) hochkonservierte Peptid-Abschnitte (Biologie); 25) eine Einheit für Masse; 26) Blattwerk von Bäumen und Sträuchern; 27) Kurzbezeichnung für eine sozialistische Tageszeitung; 29) deutscher Politiker der KPD und NS-Widerstandskämpfer (1896-1945); 34) Notlage, unglückliche Situation; 36) Universitätsstadt in Baden-Württemberg; 37) französische Gemeinde nördlich von Nantes; 39) Ostseeinsel am Greifswalder Bodden; 40) Hauptsaal einer mittelalterlichen Burg; 41) österreichisch-tschechoslowakischer Journalist und Reporter (1885-1948); 43) chemisches Symbol für Asat; 44) Stadt im Westen Polens (Lubuskie); 45) österreichisches Paar - Gerechte unter den Völkern, halfen ungarischen Juden im KZ; 46) Verkehrsstockung; 47) Kurzbezeichnung für Oberarmmuskulatur; 49) eine algerische Geröllwüste; 52) Fränkischer Hausflur; 54) chemisches Symbol für Iridium

### KREUZWORTRÄTSEL

Die richtige Lösung des Kreuzworträtsels schicken Sie bitte bis zum 1. Juni 2021 per Mail oder Post an DIE LINKE, Leipzig. Es winken zahlreiche Buchpreise. **Wir wünschen viel Glück!**

**IMPRESSUM**

Herausgeberin:  
**DIE LINKE. Leipzig**  
Liebknecht-Haus  
Braustraße 15  
04107 Leipzig

Tel: 0341/140 644 11  
Fax: 0341/140 644 18  
Web: www.dielinke-leipzig.de  
E-Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de  
facebook: facebook.com/dielinke.leipzig/  
twitter: twitter.com/dielinkeleipzig

Druck:  
Redaktion:  
Gestaltung:  
Spenden:  
IBAN:  
BIC:

BVU Berliner Zeitungsdruck GmbH  
Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Adam Bednarsky  
William Rambow  
Sparkasse Leipzig  
DE11 8605 5592 1175 5039 20  
WELADE8LXXX

